

# Übersichten

Januar 1999

## Außenpolitik

### 1 Die chinesisch-russische Partnerschaft: Theorie und Praxis

Bei zwei neueren Anlässen haben die VRCh und Rußland ihre „Strategische Partnerschaft“ (*zhanlüe xiezuo*) wieder einmal feierlich herausstellen können, nämlich beim 50. Jahrestag der VRCh-Gründung (am 1. Oktober 1949; damals war übrigens die UdSSR der erste Staat, der das neue China anerkannte und am 3.10.49 diplomatische Beziehungen errichtete) und beim Beginn der 2. Plenarsitzung des „Chinesisch-russischen Komitees für Freundschaft, Frieden und Entwicklung“ am 26. Januar 1999 in Moskau (XNA, 29.1.99 und XNA in SWB, 28.1.99).

Beide Seiten erinnerten daran, daß die Strategische Partnerschaft 1997 offiziell errichtet worden sei und daß die Zusammenarbeit zwischen China und Rußland einen hervorragenden Beitrag zur „weltweiten Stabilität“ leiste (XNA, 28.1.99). „Partnerschaft“, „kameradschaftliche Beziehungen“ (*huoban guanxi*) und andere schöne Begriffe gehörten – zumindest bei den am Rande der Besprechungen stattfindenden Pressekonferenzen – zur verbalen Grundausstattung der gemeinsamen Tagung. Auch in Fragen der Weltpolitik zeigte man schönste Einigkeit.

Ein Blick auf den Wirtschaftsaustausch läßt jedoch sofort Ernüchterung aufkommen. So habe sich der chinesisch-russische Handel 1998 – leider, wie beide Seiten feststellten – von 6,12 Mrd. US\$ i.J. 1997 auf 5,5 Mrd. US\$ im Jahre 1998, also um gleich 10% verringert. Ob aber so oder so: in beiden Fällen handle es sich hier um Summen, die dem Potential beider Nachbarstaaten bei weitem nicht angemessen seien, hieß es (XNA, 28. und 29.1.99). Angesichts eines Volumens von 340 Mrd. US\$, das China im Jahre 1998 erreicht hat, sind die 5,5 Mrd. Umsatz mit Rußland in der Tat nur eine Quantité négligeable. Beide Seiten hatten sich bei der Errichtung der Partnerschaft i.J. 1997 ein 20-Mrd.-Volumen für 2000 in Aussicht gestellt. Wie die Entwicklungen zeigen, geht es mit dem Handel allerdings nicht auf, sondern offensichtlich abwärts! -we-

### 2 Taiwan und Mazedonien nehmen diplomatische Beziehungen auf

Am 27. Januar 1999 unterzeichneten der Außenminister der Republik China, Hu Zhiqiang („Jason Hu“) und sein mazedonischer Amtskollege Alexandar Dimitrow ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen erklärt wurde.

Hu erklärte auf einer Pressekonferenz, beide Seiten hätten „nicht länger als ein Jahr“ über diesen Schritt verhandelt. Über eventuelle Finanz- und Wirtschaftshilfe an Mazedonien machte Hu keine Angaben. Hu forderte bei dieser Gelegenheit die Regierung in Beijing auf, „rational und objektiv“ auf die jüngsten Entwicklungen zu reagieren. Taipei suche nicht die Konfrontation mit Beijing.

Die von 2 Mio. Menschen bewohnte Republik Mazedonien hatte schon kurz nach ihrer Abtrennung von Jugoslawien im Jahre 1993 diplomatische Beziehungen zur VRCh aufgenommen, wobei Außenminister Dimitrow schon damals mit der Erklärung zur Stelle war, sein Land würde diplomatische Beziehungen am liebsten sowohl zu Beijing als auch zu Taipei unterhalten. Mittlerweile aber habe man sich nun doch für Taiwan entschieden, da man von dessen wirtschaftlichen Erfolgen besonders viel lernen könne. Die mazedonische Regierung wisse, daß die Republik China in der asiatischen Region so etwas wie ein Wunder darstelle. Mazedonien wolle in Südosteuropa eines Tages

vielleicht eine ähnliche Position einnehmen, wie sie Taiwan heute in Asien besitze.

Der Neuzugang Mazedonien erhöht die Zahl der Staaten, die Taiwan diplomatisch anerkennen, auf 28 – davon vier im Pazifik (Marshall-Inseln, Nauru, Solomon-Inseln, Tuvalu), fünfzehn in Lateinamerika und in der Karibik (Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Dominikanische Republik, Haiti, Commonwealth der Bahamas, Belize, St.Christopher und Nevis, Dominica, Sta.Lucia, St.Vincent und Grenadinen, Grenada und Paraguay), sieben in Afrika (Liberia, Malawi, Swaziland, Gambia, Senegal, Burkina Faso und Sao Tomé und Príncipe) sowie zwei in Europa: Vatikan – und nunmehr auch Mazedonien!

1998 war das diplomatische Tauziehen zwischen Beijing und Taipei wieder verbissener geworden. Allein in diesem Jahr hatte Beijing der Republik China vier seiner Verbündeten abspenstig gemacht – Südafrika, die Zentralafrikanische Republik, Guinea Bissau und das pazifische Königreich Tonga.

Taiwan hatte im Gegenzug die (pazifischen) Marshall-Inseln an sich ziehen können – und besitzt nun, mit Mazedonien, nach langer Zeit auch wieder ein zweites Bein in Europa.

In Taiwan löste der neue Erfolg nicht nur Entzücken aus. Beide Oppositionsparteien, die MJD und die Neue Partei, äußerten vielmehr die Ansicht, Taiwan solle in Zukunft nicht mehr so viel Geld für diplomatische Verbündete zum Fenster hinauswerfen. Viel wichtiger sei es, die Wirtschaftsbeziehungen zu den Industrienationen auszubauen, um so die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Taiwans zu stärken (*Taiwan aktuell*, Nr.236 vom 1.2.99).

Beijing reagierte auf den Schritt Mazedoniens mit Empörung, gab die üblichen rituellen Protesterklärungen ab (XNA, 29.1.99), ohne allerdings expressis verbis die eigenen diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Aus dem Kontext wird nicht ganz klar, ob es in Mazedonien letztlich nicht doch eine Doppelvertretung gibt. Eine solche Option läge ganz auf der Linie der Außenpolitik Taipeis! -we-

### 3 Neue Ansätze zur Lösung der Irakfrage

China gehört neben Rußland und Frankreich im UNO-Sicherheitsrat zu den Hauptinitiatoren einer *politischen*

Lösung der Irakfrage. Von Anfang an hat es sich gegen die amerikanisch-britischen Luftangriffe auf irakische Ziele (vom 16. bis 19. Dezember 1998) ausgesprochen.

Um die Option einer politischen Lösung auf den Weg zu bringen, hat China zwei Wege beschritten, und zwar sowohl bei der UNO als auch bei der Arabischen Liga:

Bei der UNO hat es – in enger Zusammenarbeit mit Kanada – im Sicherheitsrat eine Resolution durchsetzen können, derzufolge drei Arbeitsausschüsse eingerichtet werden: Der erste befaßt sich mit Abrüstungsmaßnahmen des Irak, der zweite mit humanitären Fragen und der dritte mit Fragen der Kriegsgefangenen aus dem Golfkrieg von 1991 (XNA, 1.2.99).

Darüber hinaus solle UNO-Generalsekretär Annan einen neuen Bericht über die Abrüstung im Irak erstellen lassen. Der alte Bericht, der noch vom früheren UNSCOM-Chef Butler erstellt worden war, sei allzu einseitig und offensichtlich darauf ausgerichtet gewesen, Luftangriffe auf den Irak zu befürworten. Das neue Gutachten solle von Mitgliedern der UNSCOM, der Internationalen Atomenergieagentur sowie einem erweiterten Kreis von Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats verfaßt werden (XNA, 29.1.99).

Den zweiten Schritt unternahm Außenminister Tang Jiaxuan, indem er sich am 4. Januar mit der Arabischen Liga in Verbindung setzte und dort – in Kairo – gemeinsam mit dem Generalsekretär der Liga ein Memorandum über die Einrichtung eines „politischen Konsultationsmechanismus“ zwischen dem chinesischen Außenministerium und dem Sekretariat der Arabischen Liga unterzeichnete.

Mit diesem Konsultationsmechanismus solle gleichzeitig auch ein Gremium entstehen, das generell zu einer besseren chinesisch-arabischen Zusammenarbeit „im Hinblick auf das 21. Jahrhundert“ führen und das sich, im besonderen, auch näher mit der Irakkrise befassen solle – einer Krise, die unter allen Umständen mit friedlichen Mitteln zu lösen sei (XNA in SWB, 11.1.99). -we-

#### 4 Besuch einer Parlamentarierdelegation aus Zentralamerika

Anfang Januar 1999 traf eine Delegation des „Zentralamerikanischen Parlaments“ unter der Leitung seines Vorsitzenden Roberto Matute zu ei-

nem Besuch in der VR China ein. Das Zentralamerikanische Parlament wurde 1991 errichtet und gilt als eine der einflußreichsten politischen Organisationen in der Region, die aus so vielen Kleinstaaten besteht, die – und hier wird die Sache sowohl für Beijing als auch für Taipeh besonders interessant – fast alle Beziehungen zur Republik China auf Taiwan unterhalten.

An der Delegation nahmen bezeichnenderweise auch Vertreter von politischen Parteien aus Honduras, Guatemala, El Salvador und Nicaragua teil, also Ländern, die z.T. seit Jahrzehnten zu Taiwan halten. Die Delegation war deshalb auch nicht vom Beijinger Außenministerium, sondern von der „Chinesischen Allianz für internationale Verständigung“ eingeladen worden. Es war der „erste Besuch“ dieser Organisation, der nach Beijing, und anschließend übrigens auch nach Guangzhou, Shenzhen und Shanghai, führte.

Die Besucher äußerten die Absicht, im Gegenzug volksrepublikanische Delegationen nach Mittelamerika einzuladen (XNA, 10.1.99).

Ob der Besuch auch ein Signal für die „Abwanderung“ der Länder von Taipeh nach Beijing sein soll, läßt sich allenfalls vermuten. Taipeh jedenfalls dürfte überaus hellhörig geworden sein und Gegenmaßnahmen vorbereiten. -we-

#### 5 Beijing zeigt Interesse an G-7 Gipfeln: Reaktion auf eine Rede Genschers

Die VRCh ist an einer Einbeziehung in die Konsultationen der „Großen Sieben“ (G 7) der führenden Wirtschaftsnationen interessiert. Dies wurde besonders deutlich bei der Reaktion Beijings auf die Forderung des früheren deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, aus den „G 8“, die durch Hinzuziehung Rußlands entstanden seien, eine „G 9“ mit China zu machen. Genscher brachte diesen Vorschlag anlässlich der Entgegennahme einer Ehrenprofessur an der Beida, d.h. der Beijinger Universität, ein. Genscher führte aus, China sei auf dem besten Weg, eine der führenden Wirtschaftsmächte der Welt zu werden. Es dürfe daher nicht abseits bleiben, wenn eine wirkliche Verständigung über globale wirtschaftliche Rahmenbedingungen erzielt werden solle. Die G-7-Gipfel seien „erstarrt und viel zu bürokratisch“. Sie spiegelten nicht die Welt von heute wider. „China, das größte Land der Welt, ist nicht da-

bei. Das darf nicht so bleiben“ (XNA, 26.1.99).

Kritischen Beobachtern, die China eindimensional zu betrachten pflegen, (*ich meine, daß sich beides anschließt: entweder kritisch oder eindimensional?*) fiel auf, daß in Genschers Rede das Thema der Menschenrechte nicht vorkam (FAZ, 26.1.99). -we-

#### 6 China und der Euro

Am 1. Januar 1999 trat in elf EU-Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) der Euro als neue Verrechnungseinheit in Kraft, und zwar mit der Maßgabe einer dreijährigen Übergangszeit vom 1.1.1999 bis 31.12.2001.

Bereits am 29.12.98 hatte das staatliche Devisenkontrollamt ein Rundschreiben herausgegeben, demzufolge chinesische Finanzinstitute bereits vom 1. Januar 1999 an den Euro neben den bisherigen Nationalwährungen als Zahlungsmittel annehmen dürften. Im Rundschreiben werden die Bestimmungen über die Umrechnung der Originalwährungen in den Euro, die Eröffnung von Euro-Konten, die Auslandsschuldenquote, die Devisenstatistikberichte und die Wechselkurse des Euro vorgestellt.

Schon eine Stunde nach dem Start des Euro konnte auch die Bank von China ihre erste Transaktion in der neuen Währung durchführen. Der Devisenkurs des Euro gegenüber dem RMB-Yuan wurde von der Bank im Ankauf mit 968,05 Yuan für 100 Euro und im Verkauf mit 970,95 Yuan für 100 Euro beziffert.

Es könne zwar sein, daß der Euro eines Tages bis zu 40% der Devisenreserven abdecke; momentan freilich handle es sich hier mehr um eine Tendenz als um Realität. Noch müsse der Euro seine Probe bestehen, bis er das gleiche Vertrauen verdiene wie der US-Dollar. Man müsse auch abwarten, wie sich die neue Währung in den gegenwärtigen Finanzunruhen halte. -we-

#### 7 Kosovo: Gegen „Separatisten“ und „Terroristen“

Die VR China hat sich vor dem UNO-Sicherheitsrat in Fragen des „Kosovo, einer serbischen Provinz innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien“ gegen UNO-Interventionen ausgesprochen. Chinas Standpunkt in dieser

Frage bleibe unverändert, hieß es. Das Kosovo-Problem sei eine innere Angelegenheit Jugoslawiens. Beijing hat auch die Hauptschuldigen an den Unruhen bereits deutlich ausgemacht – wörtlich: „Separatisten und Terroristen im Kosovo haben den internationalen Druck auf die Regierung Jugoslawiens ausgenutzt und in der Provinz bewaffnete Aufstände durchgeführt, wodurch sie die Gegend destabilisiert und den Prozeß der nationalen Versöhnung und der friedlichen Lösungen beeinträchtigt sowie die Rückkehr der Flüchtlinge und die Arbeit der internationalen humanitären Organisationen behindert haben“, hieß es (XNA, 9.1.99). China habe interventionsbereite Parteien (USA, NATO, EU) immer wieder darauf hingewiesen, daß „Separatisten und Terroristen“ durch einseitige Engagements im Kosovo den Eindruck erhalten könnten, daß ihre Sache unterstützt wird.

Daß eine Bevölkerung von 90% durch die restlichen 10% sowie durch „Poliizekräfte“ aus anderen Bereichen Jugoslawiens unterdrückt wird, daß die Albaner also nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen sind und Notwehr üben, wird von der VRCh nicht zur Kenntnis genommen. China steht hier, Seite an Seite mit Rußland, fest zum alten „Freund“ Milosevic, der zwar nicht offiziell im Geiste sozialistischer Solidarität umworben, wohl aber als Verbündeter betrachtet wird, der in der Nachfolge des von Beijing so außerordentlich hoch geschätzten Tito steht. -we-

## 8 Außenpolitische Erkenntnisse aus dem Jahr 1998

In einem Rückblick auf die internationale Lage im Jahre 1998 kommt Xinhua (2.1.99) zu der Erkenntnis, daß trotz zahlreicher regionaler Konflikte und trotz der Verunsicherung durch die Asienkrise Entspannung, Multipolarisierung und Globalisierung als Haupttrend erhalten geblieben seien – eine optimistische und auch apologetische Sichtweise!

Die Asienkrise habe 1998 auch Rußland und Lateinamerika erfaßt und in einigen asiatischen Ländern, wie beispielsweise in Indonesien (Sturz des Suharto-Regimes) und in Japan (Kollaps des Hashimoto-Kabinetts) politischen Kahlschlag hervorgerufen. Trotzdem sei die Krise auch eine Chance gewesen, weil die internationale Gemeinschaft, nicht zuletzt die APEC, inzwischen erkannt ha-

be, daß wirtschaftliche Liberalisierung von wirksameren finanziellen Kontrollen begleitet sein müsse.

Auch das Verhältnis zwischen den „Großmächten“ habe sich laufend verbessert, sei es nun, daß China und die USA, oder aber daß China und die EU sowie Japan und Rußland zu einer konstruktiveren Partnerschaft gefunden hätten. Gleichzeitig werde das Gefälle zwischen der „Supermacht und den vier Großmächten“ ausgeglichen, sei es, daß der Euro die dominante Rolle des US-Dollar relativiert, sei es, daß der Multipolarisierungsprozeß weitergeht.

Drittens habe es zwar viele Regionalkonflikte gegeben – angefangen von der „Operation Desert Fox“ der USA im Irak über die Kosovo-Krise bis hin zu den Nukleartests in Indien und Pakistan sowie dem Abschluß einer Rakete durch Nordkorea. Auch der internationale Terrorismus sei weitergegangen, z.B. in Form von Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania, und überhaupt habe es 1998 nicht weniger als 35 Konflikte und regionale Kriege gegeben. Gleichwohl hätten auch verstärkt Dialoge und Kooperationsbemühungen stattgefunden, so daß am Ende doch die Zusammenarbeit – und weniger der Konflikt – den Haupttrend bestimmt habe – man denke an die Friedensgespräche zwischen Palästina und Israel, an die Beruhigung der Situation in Nordirland und an das Ende des Bürgerkriegs in Kambodscha.

Beim Neujahrsempfang für das diplomatische Korps in Beijing hob Jiang Zemin die zahlreichen Verbesserungen hervor, die sich im Verhältnis zu den westlichen Ländern ergeben hätten. -we-

## 9 20. Jahrestag des Beginns der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA

Am 1.1.1979 nahmen die USA, unter der Präsidentschaft Jimmy Carters, diplomatische Beziehungen mit Beijing auf und brachen gleichzeitig das offizielle Verhältnis zu Taiwan ab.

Bis 1989 hatten sich die damals auf diplomatische Ebene angehobenen Beziehungen überaus hoffnungsvoll entwickelt, um dann, im Anschluß an das Tiananmen-Massaker, in ein schwarzes Loch zu stürzen, aus dem das bilaterale Verhältnis bis auf den heutigen Tag niemals ganz wieder herausgekommen ist.

Hauptproblem zwischen dem „größten Entwicklungsland und dem größten entwickelten Land“ ist gleichwohl nicht die Menschenrechts-, und auch nicht die Tibet-, die Waffenverkaufs- oder die notorische Handelsbilanzüberschussfrage, sondern der Taiwankomplex.

Nur über intensivierete Wirtschaftsbeziehungen glauben beide Seiten wieder zu einem normaleren Verhältnis zu kommen: Zwischen Anfang 1979 und Ende 1997 hat sich der Handel zwischen beiden Seiten ja immerhin verzwanzigfacht – und sich bis Ende 1997 zu einem kumulierten Gesamtbeitrag von 309,6 Mrd. US\$ aufsummiert. In den 80er Jahren wuchs das Volumen um jährlich 9%, zwischen 1990 und 1997 sogar um +23% p.a. – also schneller, als dies beim durchschnittlichen Wachstum des chinesischen Außenhandels (16%) der Fall war. 1998 belief sich das beiderseitige Volumen auf 55 Mrd. US\$ – 12% mehr als im Vorjahr. Die USA sind damit zum zweitgrößten Handelspartner Chinas, die VRCh umgekehrt zum viertgrößten Handelspartner der USA geworden (XNA, 12.1.99).

Beijing versäumt es mittlerweile bei kaum einer Gelegenheit, die USA darauf hinzuweisen, daß China im 21. Jh. der größte Markt der Welt sein werde, unter welchen Kriterien man ihn auch immer beurteilen möge, ob z.B. als Telefon- oder als Flugzeugmarkt. Die USA hätten bisher 26 Mrd. US\$ in etwa 2.000 Projekte investiert. Leider gebe es im Handel immer noch zahlreiche Probleme, nämlich z.B. die Meistbegünstigungsregel, die bisher von Jahr zu Jahr neu durch Washington bestätigt werden müsse, ferner Streitigkeiten um den Schutz des geistigen Eigentums und nicht zuletzt um die Behauptung der USA, daß die amerikanische Seite im chinesisch-amerikanischen Verhältnis permanent rote Zahlen schreibe, wenn man die Berechnungsmaßstäbe verändere – und auch Hongkong statistisch mit einbeziehe.

Auch die Menschenrechtsfrage sorgt in der amerikanischen Öffentlichkeit immer wieder für eine negative Presse. China hat deshalb den „Dialog über Menschenrechte“ wieder aufgenommen und am 11. und 12. Januar 1999 eine Delegation unter Leitung des Assitierenden Außenministers Wang Guangya nach Washington entsandt – zum ersten Mal wieder seit 1995.

Kurz vorher, nämlich am 21.12.98, waren zwei Dissidenten, Xu Wenli

und Wang Youcai, wegen „umstürzlerischer Tätigkeit“ zu 13 bzw. 11 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Beide hätten eine sog. „Demokratische Partei Chinas“ gründen wollen und hätten zu diesem Zweck nicht nur ein Statut entworfen, sondern auch Vorbereitungen zur Einberufung eines „nationalen Parteitags“ getroffen.

Über zehn Jahre Gefängnis für den Versuch, eine politische Partei zu gründen – Nachrichten solcher Art schlagen in der US-Öffentlichkeit jedesmal wie eine Bombe ein und sind nicht dazu angetan, freundschaftliche Gefühle zu wecken. In der Tat wurde China gewarnt, daß seine Handelsprivilegien im Gefolge solcher Aktionen gefährdet werden könnten (SCMP, 22.1.99).

Noch während des Washingtoner Menschenrechts-Dialogs fand in China ein weiterer Dissidentenprozeß statt. Vor Gericht stand diesmal der Schriftsteller Ma Zhe, der im Januar 1998 zusammen mit drei weiteren Autoren festgenommen worden war, die eine Initiative zur „kulturellen Wiedergeburt“ ins Leben gerufen hatten. Ma wurde wegen angeblicher „Umsturzversuche“ zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 20. Januar ernannte die US-Regierung einen „Sonderkoordinator für tibetische Angelegenheiten“ innerhalb der Washingtoner Regierung. Prompt reagierte daraufhin das chinesische Außenministerium mit dem Hinweis, daß Tibet ein unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums sei und daß tibetische Angelegenheiten daher zu den internen Angelegenheiten der VR China gehörten, in die sich niemand einmischen dürfe (XNA, 22.1.99). -we-

## 10 Sicherheitsprobleme mit Taiwan und Japan: Warnung an die USA

Am 1. Januar 1999 warnte Beijing die USA davor, Taiwan und Japan in das TMD-Verteidigungssystem (Theatre Missile Defense System) einzubeziehen. Im Falle Taiwans liefe ein solcher Schritt auf nicht weniger als auf „Einmischung in die Souveränität Chinas“ hinaus und verstieße überdies gegen die Prinzipien der „Drei sinoamerikanischen Kommuniqués“ (so auch der Sprecher des Außenministeriums, Sun Yuxi, am 12.1., XNA, 13.1.99).

Angewandt hat Taiwan in den USA mehrere „Compatriot II“-Raketen gekauft und sie in der Umgebung von

Taipei in Stellung gebracht. Darüber hinaus plane Taiwan, in den nächsten Jahren rund 1 Mrd. US\$ für Compatriot-III-Raketen auszugeben. Taiwan und die USA seien aber vor allem im Begriff, die Insel in das amerikanische TMD-System einzubeziehen.

Der Sprecher des Außenministeriums erklärte, daß das 1996 durchgeführte militärische Manöver der chinesischen VBA in der Taiwanstraße „zweifelsfrei die Entschlossenheit Chinas und seine Fähigkeit demonstriert“ habe, militärische Gegenmaßnahmen zu treffen. China habe mehrere Male versichert, daß es prinzipiell keine militärischen Schritte unternehmen wolle, solange Taiwan seine Unabhängigkeitsbestrebungen nicht fortsetze und solange das Ausland sich nicht in die Wiedervereinigung Chinas einmische. Doch irgendwo sei eine Toleranzgrenze erreicht.

China hoffe darüber hinaus, daß auch Japan sich weiterhin an die Prinzipien seiner Selbstverteidigungsstrategie halte. Die Einbeziehung Japans in das amerikanische TMD wäre ganz zweifellos eine Überschreitung der „Selbstverteidigungs“-Grenzen, die sich Japan in Art.9 seiner Verfassung lobenswerterweise selbst auferlegt habe.

Mit Japan glaubt China überdies auch noch eine Rechnung wegen der Neuinterpretation des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrags vom Frühjahr 1998 offenzuhaben. Japan hat damals in Absprache mit den USA festgestellt, daß seine Marine den US-Streitkräften für den Fall (mit logistischer Hilfe) beizustehen habe, daß es zu Konflikten „in the areas surrounding Japan“ komme, woraufhin Beijing sogleich die Frage stellte, ob auch Taiwan mit zu dieser „Umgebung“ gehöre. Am 15. Januar wurde bekannt, daß der Chef der japanischen LDP darauf hingewiesen habe, daß zu dieser „Umgebung“ auch Rußland, die Koreanische Halbinsel und Taiwan gehörten. Ministerpräsident Osawa bestätigte diese Interpretation und fügte hinzu, daß es sich hier um ein rein geographisches Konzept handle; es sei einfach lächerlich, die genannten Gebiete als nicht zur „Umgebung“ Japans gehörig zu betrachten (XNA, 17.1.99). Sehr viel klarer ist das Bild durch solche Erklärungen allerdings auch nicht geworden! -we-

## 11 „China hat Pläne zur Atomwaffen- und zur Raketentechnik von den USA gestohlen“

Anfang Januar 1999 kam in Washington der 700 Seiten umfassende Bericht eines Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses heraus, der den Transfer von Hochtechnologieprodukten an China verurteilt und die chinesische Regierung beschuldigt, eine „aggressive Akquisitionspolitik im Hinblick auf Raketen- und Nuklearwaffentechnologie“ betrieben zu haben. Das Komitee bestand aus fünf Republikanern und vier Demokraten. Es stellte fest, daß die Geschäfte mit Beijing im Bereich der Satelliten- und Raketentechnik der nationalen Sicherheit der USA geschadet hätten und daß es sich hierbei um einen Vorgang handle, der sich über zwanzig Jahre, von 1979 bis 1999, hingezogen habe. Besonders sorglos sei hierbei Präsident Clinton vorgegangen, der sich beim Austausch mit China „flip-flopping“ verhalten habe (Bericht in IHT, 5.1.99).

Der Bericht kam zu dem Schluß, daß China die Baupläne von Atomwaffen sowie von Raketen und andere geheime Unterlagen aus US-Forschungseinrichtungen „gestohlen“ habe.

Der Ausschuß hatte seine Untersuchungen vor allem mit dem Auftrag angegangen, zu prüfen, ob die amerikanischen Hightech- und Kommunikations-Konzerne Hughes Communications International Inc. und die Loral Corporation gegen US-Gesetze verstoßen hätten, als sie Beijing bei der Suche nach den Ursachen für gescheiterte Satellitenstarts unterstützten.

Beide Firmen stehen seit Jahren mit dem „Große-Mauer-Konzern“ in Geschäftsbeziehungen: Die US Hughes Communications International Inc. will beispielsweise bis zum Jahr 2006 zehn Lange-Marsch-Raketen zum Zwecke der Beförderung eigener Satelliten in den Weltraum abschießen, die US Loral Corporation will fünf 3-B-Lange-Marsch-Raketen bis März 2002 nutzen (XNA, 1.1.99).

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums bezeichnete den „Untersuchungsbericht über Technologietransfer nach China“ als „absurd“ und als ein „verantwortungsloses“ Dokument, das der „Mentalität des kalten Kriegs“ entsprungen sei und das „Gerüchte in die Welt setze, um Fortschritte und Entwicklungen in den sino-amerikanischen Beziehungen zu behindern“. „Berichte“ dieser Art lie-

ßen zwischen den USA und China nicht gerade „Vertrauen“ aufkommen (XNA, 9.1.99; RMRB, 8.1.99).

Der Bericht stelle die Dinge i.ü. sogar auf den Kopf, da China nicht amerikanische Technologie, sondern da umgekehrt, wie die Fälle Hughes und Loral zeigten, amerikanische Firmen chinesische Technologie benutzten: China habe seit 1985 acht Raketenfamilien des Typs „Langer Marsch“ entwickelt, angefangen von der Type „1 D“ bis hin zur Type „3 C“. Die Rakete „Langer Marsch“ sei bereits 1985 in Serie gegangen. -we-

## 12 Umarmungspolitik in Afrika

Zu Beginn des Jahres 1999 schickte die VRCh gleich drei Großdelegationen nach Afrika, die dort in alle Richtungen ausschwärmten; alte Beziehungen in Erinnerung brachten und fast permanent die wechselseitige „Freundschaft“ und die „Süd-Süd-Zusammenarbeit“ beschworen:

Am 2. Januar brach Außenminister Tang Jiaxuan zu einer Fünf-Nationen-Tour auf, die ihn nach Ägypten, Kenia, Uganda, Tansania und Sambia führte.

Am 23. Januar machte sich der Stellvertretende Staatspräsident Hu Jintao zu einer Dreizehn-Tage-Tour durch vier Staaten des Schwarzen Kontinents auf, nämlich nach Madagaskar, nach Ghana, zur Elfenbeinküste und nach Südafrika.

Fast zur gleichen Zeit auch reiste der Stellvertretende NVK-Vorsitzende Xu Jialu nach Afrika.

In den vorangegangenen Jahren waren Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Zhu Rongji und der Vorsitzende des NVK, Li Peng, ebenfalls auf den Schwarzen Kontinent gereist. Seit dem Besuch Jiang Zemins im Jahre 1996 haben vier afrikanische Staaten die Seiten gewechselt, d.h. sie haben die Beziehungen zu Taibei abgebrochen und zu Beijing aufgenommen, nämlich Südafrika, Niger, die Zentralafrikanische Republik und Guinea Bissau. Zusätzlich hat Madagaskar sein „Sonderarrangement“ mit Taiwan beendet.

Allerdings hat es auch Bewegung in der Gegenrichtung gegeben, nämlich bei Sao Tomé und Príncipe, das im Mai 1998 zu Taiwan überschwenkte.

Auf einer besonders „dankbaren“ Route bewegte sich Außenminister Tang, der u.a. nach Tansania und Sambia kam, wo China ja bekannt-

lich sein größtes Projekt, nämlich die Tansam-Eisenbahn, erstellt hat, und zwar zwischen 1970 und 1976. Allerdings gab es nicht nur freundschaftliche Gespräche und Versicherungen, die Beziehungen weit ins 21. Jh. hineinzuführen, sondern auch ernste Worte. So machte Tang beispielsweise seinen sambischen Gesprächspartnern klar, daß China dem Staat Sambia keinen weiteren Schuldenerlaß einräumen könne, da es selbst gegenüber den westlichen Ländern hohe Schuldenberge abzutragen habe (Radio Sambia in SWB, 15.1.99).

Nach chinesischen Statistiken belief sich der Handelsaustausch Chinas mit den afrikanischen Ländern im Jahre 1998 auf rund 5 Mrd. US\$. China habe seit vielen Jahren an nicht weniger als 53 afrikanische Staaten Hilfe geleistet und dort weit über 600 Projekte hochgezogen, hieß es. Darüber hinaus habe die VRCh allein im Jahre 1997 mit 41 afrikanischen Ländern Unterstützungsabkommen unterzeichnet. Beide Seiten seien fest entschlossen, sich wechselseitig nützlich zu sein (XNA, 24.1.99).

Warum unternimmt Beijing all diese Anstrengungen in Afrika, die doch materiell „so wenig bringen“?

Eine Teilerklärung liefert nach wie vor Taiwan, dessen Planungschef für wirtschaftliche Angelegenheiten, Jiang Pinkong, fast zur gleichen Zeit wie die drei VRCh-Delegationen auf „Afrikasafari“ gegangen war, nämlich nach Senegal und nach Gambia. Hand in Hand damit hatte das Außenministerium in Taibei bekanntgegeben, daß es in Zukunft noch mehr Delegationen nach Afrika entsenden wolle, um dort wirkungsvoller gegen Beijing aufzutreten und das eine oder andere Land wieder auf seine Seite zu ziehen (SCMP, 25.1.99).

Taiwan wird weltweit von z.Z. 28 Staaten anerkannt – davon vier im Pazifik, fünfzehn in Lateinamerika, sieben in Afrika und zwei in Europa. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 13 Direktwahlen auf Gemeinde-Ebene – Lokales Experiment in Sichuan

In der rund zehntausend Einwohner zählenden Gemeinde Buyun, die zum Verwaltungsbereich der Stadt Suining

in der Provinz Sichuan gehört, wurden Ende Dezember 1998 die ersten Direktwahlen in der Geschichte der VR China für das Amt des Gemeindevorstehers (*xiangzhang*) abgehalten.

Drei Kandidaten standen zur Wahl, unter denen nur einer wie üblich von der höheren Partei-Ebene nominiert wurde. Die beiden anderen Kandidaten – ein Parteimitglied und ein parteiloser Lehrer – wurden durch einen Wahlausschuß offenbar unabhängig von Parteivorgaben nominiert. Die Kandidaten mußten sich in allen elf Dörfern der Gemeinde Buyun auf Wahlveranstaltungen den Fragen der Dorfbewohner stellen. Die Stimmen wurden schließlich in geheimer Wahl (nicht einsehbarer Wahlkabinen) abgegeben. Der von der übergeordneten Partei-Ebene nominierte Kandidat konnte die Wahl mit einer knappen Mehrheit für sich entscheiden. Der Wahlvorgang wurde von den lokalen Wählern aber offenbar als faires und angemessenes politisches Reformexperiment akzeptiert.

Mangels einer formellen Billigung durch die Provinz- oder Zentralregierung bemühten sich die lokalen Behörden, die Nachricht über das Wahlexperiment möglichst nicht nach außen dringen zu lassen. Informationen über die Wahl wurden erst mit zweiwöchiger Verzögerung durch einen Bericht in der populären Zeitung *Nanfang Zhoumo*, die in Guangzhou erscheint, bekannt. Anschließend konnten einige westliche Journalisten vor Ort recherchieren. (*Washington Post*, 27.1.1999; IHT, 27.1.1999)

Die Direktwahl wurde von der Kreisparteileitung als Experiment – zwar ohne formelle Genehmigung, aber vermutlich nicht ohne informelle Rückendeckung durch reformorientierte Funktionäre in übergeordneten Parteigremien – initiiert, um neue Methoden der Auswahl des politischen Führungspersonals auf der Stufe der Gemeinderegierungen zu testen.

Auf dem XV. Parteitag der KPCh im September 1997 hatte KP-Generalsekretär Jiang Zemin vage darauf hingewiesen, daß man erwägen solle, die bisher auf Dorf-Ebene abgehaltenen Direktwahlen künftig auch auf die Gemeinde-Ebene auszudehnen (siehe C.a. 1997/9, S. 859). Die lokale Parteiführung in Suining konnte ihr Wahlexperiment deshalb als im Einklang mit den Reformplänen der Parteizentrale stehend auffassen.

Allerdings schreibt die Verfassung der VR China vor, daß das Führungspersonal der Gemeinderegierung